

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

Angabenpreis für die Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile für 1000 Exemplare. — Preis pro 1000 Exemplare für 1000 Exemplare. — Preis pro 1000 Exemplare für 1000 Exemplare.

Telegraphen: Telegraphische Anzeigen. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postfach-Nr. 1000

Nr. 206

Freitag, den 4. September 1925

20. Jahrgang

Juristenkonferenz in London.

Strenges Stillschweigen der Sachverständigen. — Die Teilnahme Italiens.

London, 2. Sept. Die Sachverständigen haben heute ihre Besprechungen fortgesetzt. Soviel man aus äußerst zurückhaltenden Andeutungen schließen kann, nehmen die Besprechungen einen normalen Verlauf. Die Juristen unterhalten sich in freundschaftlicher und zwangloser Weise, so daß die anfänglichen Besorgungen, daß Dr. Gaus in London einer Phalanx der Alliierten gegenüberstehen könnte, zerstreut sind. Alle in der Presse auftauchenden Meldungen von „erregten Diskussionen“ werden von streifen, die es wissen können, als unrichtig bezeichnet; auch die sonstigen Mitteilungen über den Verlauf der Unterredungen sind als Phantasieprodukte zu bezeichnen. Denn die Juristen haben sich zu absolutem Stillschweigen verpflichtet, die Pressemeldungen, daß Dr. Gaus hiergegen Widerspruch erhoben habe, sind falsch. Die juristischen Sachverständigen der Alliierten und Dr. Gaus trafen sich gestern am späten Nachmittag, um es möglichst, an ihren Unterhaltungen teilzunehmen, der bei dem ersten Zusammentreffen durch Präzision von der hiesigen italienischen Botschaft vertreten worden war. Dr. Gaus hat die letzten 24 Stunden benutzt, um sich mit den Patentwürfen und Andeutungen der alliierten Sachverständigen zu beschäftigen, und hat wahrscheinlich hierüber auch mit Berlin gesprochen.

Ueber die Gründe, welche die italienische Regierung veranlaßt haben, an den Verhandlungen über den Si-

cherheitspakt sich nachträglich durch Entsendung eines Juristen zur Londoner Konferenz zu beteiligen, gibt Mussolini's „Popolo d'Italia“ folgende Auskunft: „Anfangs schienen die englisch-französischen Verhandlungen wenig Vertrauen zu verdienen, da ihr Erfolg zweifelhaft erschien und sie vielmehr den Sonderinteressen der Teilnehmer zu dienen schienen. Daher verhielt sich Italien abwartend und beobachtend, um zu sehen, ob seine Teilnahme ratsam sei. Aber nach den zweimonatigen Verhandlungen nimmt der Vertragstypus scharfere Konturen an. Die deutsche und die französische Regierung äußerten den Wunsch, einen politischen Vertrag gleich den wirtschaftlichen Abkommen zwischen den Industrieländern abzuschließen. Gleichzeitig tritt die großbritannische Regierung mit ihrem ganzen diplomatischen Schwergewicht auf, um den Friedenspakt zu fördern, der Europa auf 30 Jahre sicherstellt. Die Gewissheit, daß die produktiven Kräfte geordnet werden und aus Deutschland ein Bollwerk des Westens gegen das Morgenland wird, scheint die westlichen Siegermächte dazu zu bringen, alle zwischen ihnen und dem Besiegten schwebenden Differenzen beizulegen. Da der Vertrag Europa ein neues Gesicht im Rahmen des Friedensvertrages gibt, sowie ein dauerhaftes Gleichgewicht, hat Italien seinen Anlaß mehr, beiseite zu stehen, sondern vielmehr etwas Verteidigung seiner Interessen teilzunehmen.“

Eröffnung des Friedenskongresses.

Ein „unfeindlicher“ Anfang. — Rede des Reichstagspräsidenten Abbe.

Paris, 2. Sept. Bei der heutigen Eröffnungssitzung des Friedenskongresses sollte auch neben dem französischen Kammerpräsidenten Herriot der deutsche Reichstagspräsident Abbe zu Worte kommen. Da Herriot durch die Arbeiten des Generalrats des Departements Rhone in Anspruch genommen ist und nicht zu dem Kongreß erscheinen konnte, hat auch der Reichstagspräsident Abbe einer ihm ergangenen Anregung Folge leistend darauf verzichtet, seine Rede zu halten. Die deutschen Delegierten haben darauf beschlossen, daß da Abbe nicht zu Worte gekommen ist, auch kein anderes Mitglied der Delegation sprechen soll. Der Zwischenfall hat in den Kreisen der deutschen Delegation Befremden hervorgerufen. Daraus gibt über den Zwischenfall folgende Darstellung: Unterrichtsminister de Monzie teilte der Versammlung mit, daß weil Herriot nicht anwesend sei, Reichstagspräsident Abbe sich entschlossen habe, nicht zu sprechen und daß die Rede später veröffentlicht werden würde.

In der Rede, die Reichstagspräsident Abbe heute auf der Friedenskonferenz halten wollte, heißt es: „In dieser Versammlung fühlen wir alle: Eine neue weltgeschichtliche Epoche tritt ein, wenn die alten Wunden begraben, Grundzüge des künstlichen Gleichgewichts der Kräfte ersetzt werden durch die große Idee des gegenseitigen Vertrauens, der freiwilligen Eingliederung in eine höhere europäische und Weltgemeinschaft. Die Ueberführung dieses großen Ideals in die Wirklichkeit steht heute auf der Tagesordnung der Weltgeschichte. Nicht geistige und moralische Kräfte allein arbeiten an dieser Errichtung, auch wirtschaftliche Notwendigkeiten zwingen zu Verständigung und dauerndem Frieden. Krieg- und Nachkriegszeit haben die materiellen Kräfte der Welt stark umschichtet. Nur ein einziges Europa kann seinen Platz in der Welt behaupten. Die erste Schritte hierzu ist die Union der europäischen Länder. Die politische Verständigung bringt und dem Ziele der Verhütung des Krieges näher. Wir deutschen Friedensfreunde begrüßen jede internationale Anregung, die den Krieg als Verbrechen brandmarkt und den Angreifer an der Ausführung seiner verbrecherischen Absicht erfolgreich hindert. Es gibt kein nationales Gut, das so hoch wäre, um leichtfertig und verbrecherisch das Leben von 60 Millionen auf Spiel zu setzen, die Ueberlebenden aber für ihr ganzes Leben moralisch und geistig zu verelenden. Höchste nationale Pflicht ist vielmehr die Erhaltung und Bereicherung dieser Menschheit. Jeder Versuch, die Rückkehr der Kriegsgesunden praktisch unmöglich zu machen, stimmen wir deshalb zu. Der Schiedsgerichtsgebäude, der jetzt in so erfreulicher Uebereinstimmung von den Staatsmännern beider Länder erhoben wird, macht auch in unserem Lande entscheidende Fortschritte bei vielen Parteien bis weit in die Rechte hinein. Dabei sind wir deutschen Friedensfreunde überzeugt, daß das obligatorische Schiedsgericht nicht nur in Fällen rechtlicher und anderer Differenzen zweifeln Klagen in Tätigkeit treten soll, sondern auch für die sogenannten politischen, die Lebensfragen, die Ehrenfragen. Es gibt keine höhere Ehre als die, seinem Volke den Massenmord zu ersparen. Wirksam wird diese Schiedsgerichtsbarkeit erst werden, wenn die Abrüstung allgemein in Angriff genommen wird, wie sie die Einleitung zum 5. Abschnitt des Versailler Vertrages in Aussicht nimmt. Die allgemeine Abrüstung muß die selbstverständliche Ergänzung jedes Gerichts und Schiedsgerichtes sein. Abbe betonte hier, Deutschland ist bereit bis zu einem Grade abgerüstet, der für alle Länder Europas ein Vorbild sein kann. Deutschland wartet auf die Erfüllung der Zusagen in Abschnitt 8 des Friedensvertrages, sowie auch die moralische Abrüstung fordern wir. Auch der Kriegswille muß abgebaut werden, wenn die Welt vor neuen Ueberfällen geschützt werden soll. Dies ist nur möglich durch gegenseitiges Vertrauen und Verständigung, durch vollkommenes Gleichberechtigung der Völker. Wird ein 60-Millionen-Volk in Europa von dieser Gleichberechtigung ausgeschlossen, so muß darunter die Atmosphäre des Vertrauens leiden, deren wir alle der Vollendung des Werkes bedürfen. Begraben wir die Idee der Ueberlegenheit und den Vorrechten einer Nation, erleben wir die Schwelgereit vergangener Zeiten durch die große Idee der europäischen Gemeinschaft, der auch Jaurès diene, laßt uns von dieser großen Sache den Staatsmännern Europas zurufen: Vollendet das Werk der internationalen Gerechtigkeit, das ihr so ausgiebig begonnen. Wenn es gelingt, den alten Haß der beiden großen Nationen zu überwinden, wenn das Band der Versöhnung sich um Frankreich und Deutschland schlingt, dann wird es sich auch bald um Europa schlingen.“

Der Konflikt bei der Reichsbahn.

Berlin, 3. Sept. Die vertragschließenden Organisationen der Eisenbahner werden heute vormittag zusammentreten, um zu der geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der „Vorwärts“ glaubt, daß die Organisationen an das Reichsarbeitsministerium den Antrag stellen werden, ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Wie das Blatt weiter mitteilt, ist die Stimmung im ganzen Reich auf Einkleitung einer scharfen Aktion.

Um die Räumung des Duisburger Hafens.

Berlin, 2. Sept. Auf die deutschseits in Paris vorgebrachte Beschwerde wegen Befassung eines Kontrollpostens der interalliierten Feldschiffahrtskommission in Duisburg hat die französische Regierung gestern geantwortet und vorgeschlagen, bezüglich des Hafens von Duisburg eine ähnliche Vereinbarung zu treffen, wie sie feinerzeit wegen der Häfen von Karlsruhe und Mannheim abgeschlossen worden ist. Auch dort waren bekanntlich zunächst trotz der Räumung im vorigen Jahr Kontrollposten zurückgelassen worden. Die interalliierte Rheinlandkommission hat gleichzeitig gebeten, mit deutschen Bevollmächtigten wegen eines Abschlusses eines solchen modus vivendi möglichst bald zusammenzutreten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich in Koblenz bereits in der nächsten Woche beginnen.

Eine Unterredung zwischen Vanderveelde und Chamberlain über den Sicherheitspakt.

Genf, 2. Sept. Vanderveelde und Chamberlain hatten heute nachmittag eine einstündige Unterredung über den Sicherheitspakt. Bei seiner Rückkehr erklärte Vanderveelde der Presse, daß zwischen ihm und Chamberlain über die Grundlagen des Sicherheitspaktes volle Einigkeit herrsche. Diese Einigkeit sei um so wertvoller, als sie sich auf England, Belgien und Frankreich erstreckte, was er auf Grund seiner heutigen Aussprache mit Irland mitteilen könne. Diese Einigkeit dürfe nicht mißverstanden werden, da es sich in keiner Weise bei dem jetzt in London von den juristischen Sachverständigen beratenen Vorschlag um etwas handle, was von Deutschland nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Im übrigen habe sich in seinen heutigen Verhandlungen mit Chamberlain wieder gezeigt, daß eine mündliche Aussprache rascher vorwärts bringe, als ein Notenwechsel. Die Besprechungen sollen in einigen Tagen fortgesetzt werden, sobald die Ergebnisse der Londoner Konferenz der juristischen Sachverständigen in Genf vorliegen.

Bundespräsident Heinisch zum Tode Höpferdorfs.

Wien, 2. Sept. Bundespräsident Heinisch richtete ein Beileidschreiben an die Witwe Konrad v. Höpferdorfs, in dem es heißt: „Ich bin Ihrem verstorbenen Gatten nie begegnet, stets aber habe ich vor ihm die größte Hochachtung gehabt. Schon deshalb weil er stets für seine Ueberzeugung eintrat. Ich habe sogar die Meinung, daß manches anders ausgefallen wäre, wenn man die Ratsschlüsse des Verstorbenen rechtzeitig befolgt hätte.“

Einführung des Getreideeinfuhrscheinensystems am 1. Oktober.

Die Reichsregierung hat, wie aus Berlin gemeldet wird, in einer Verordnung die unbeschränkte Gültigkeit des Getreideeinfuhrscheinensystems erst am 1. Januar 1926 einführen wollen, um den Zollschutz nicht gleich zur vollen Geltung zu bringen und die große Ernte in der Preisgestaltung ruhig sich auswirken zu lassen, wenigstens aber trotz der großen Ernte scharfe Preissteigerungen für Getreide und Brot im Herbst und Frühwinter zu vermeiden. Dagegen hatte bekanntlich der Landbund protestiert und die sofortige unbeschränkte Einführung des Getreideeinfuhrscheinens verlangt. Nachdem die Ausschüsse des Reichsrates die ursprüngliche Vorlage auf Antrag Bayerns an die Kommissionen zurückverwiesen haben, hat die Reichsregierung jetzt in einer neuen Vorlage die bisherigen Uebergangsbestimmungen fallen lassen und die Vollgültigkeit des Getreideeinfuhrscheinens bereits für den 1. Oktober festgelegt.

Italienisch-österreichischer Grenzzwischenfall.

Wien, 2. Sept. Nach einer Meldung des Landesgendarmeriekommando Klagenfurt überschritt gestern eine italienische Militärabteilung von 180 Mann mit 20 Tragtieren unter Kommando eines Leutnants die Landesgrenze und marschierte, trotzdem sie auf die Grenzverletzung aufmerksam gemacht wurden und die Grenzsteine deutlich zu sehen waren mit klingendem Spiel durch den Ort Wagnern in Kärnten. Wie die amtliche Nachrichtenstelle erzählt, wurde die österreichische Grenzschutzabteilung in Rom angewiesen, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Die Veröhnungspolitik Frankreichs.

Unterdrückung der Wahrheit und Todesurteil. Der Verleger und Redakteur des „Alteger Beobachter“ Reinhold Pfund wurde von dem Mainzer Militärpolizeigericht wegen Abdrucks eines Artikels über die Abrüstungsfrage in Frankreich zu zwei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Kriegsgericht von Nancy hat den deutschen Hauptmann Niemann gestern im Abwesenheitsverfahren zum Tode verurteilt. Hauptmann Niemann soll mit Revolverkugeln einen französischen Interoffizier und zwei französische Soldaten, die während der Kämpfe in der Nähe von Tancourt im September 1914 verwundet und gefangen genommen worden waren, getötet haben. Ferner wird er beschuldigt, Ende August 1914 in der Gegend von Vertzamp den Befehl zur Ermordung eines Zivilgefangenen gegeben zu haben.

Die Warschauer Korfantybank unter Geschäftsaufsicht.

Berlin, 3. Sept. Nachdem die Kattowitzer Korfantybank in Schwierigkeiten geraten war, ist nunmehr auch nach einer Meldung der „Börsen Zeitung“ die Lage der Warschauer Bank für Handel und Industrie, an der gleichfalls Korfanty führend beteiligt ist, so ernsthaft geworden, daß sie unter Geschäftsaufsicht gestellt werden wird.

ehung
vom
Sept.
bis
Sept.
eg
mit
ten
in.
er.
er.
ekt
ck-
auf
ko
ch
ber
bis
tz.
ast
and
le
etrieb
g.
ariété
bis 13. Sept.
al-Künstlers
fer
berika
ckau.
mm.
midt.
bige
er und
gdreher
Anteilgefuhr
mer & Söhne
gultfr. 5-7.
Zimmer
ungen Mann
eten
Auer Tagebl.
schlaf
Helmittel.
für Groß u.
eine Subjekt.
Private. Be-
atal 74 U fr.
Suhl (Edu.)
den Schuhe
hit
shuhwaren
Preisen.
Kaiser
5.